

Osteuropa

Europas Bremser

Eigentlich will Polen feste Einspeisetarife für Erneuerbare etablieren. Doch der Prozess stockt, weil die Regierung vor den Energiekonzernen kuschelt.

Erneuerbare in Zahlen:
Polen

Anteil am gesamten
Energieverbrauch

Heute:
10,6 Prozent
Ziel bis 2020:
15 Prozent

Anteil am Stromverbrauch

Heute: 10,4 Prozent
Ziel bis 2020:
19 Prozent

Arbeitsplätze

Heute: 10 000
Ziel bis 2020:
40 000-50 000

Photovoltaik

Heute:
2,3 MW
Ziel bis 2020:
1800 MW

Installierte Windleistung

Heute:
2597 MW
Ziel bis 2020:
13 000 MW

Die Debatte über das neue polnische Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nimmt kein Ende. Die Regierung in Warschau präsentierte bereits im Juli 2012 den zweiten Entwurf des Gesetzes, doch noch immer hat sie das neue Einspeisetarifsystem, welches das bisherige Quotenmodell in Polen ablösen soll, nicht verabschiedet. Weil zudem noch der Notifizierungsprozess bei der Europäischen Union ansteht, rechnen Experten nicht mit einem Inkrafttreten vor 2014.

Querschüsse der einflussreichen polnischen Atom- und Kohlelobby und ständige Nachjustierungen verzögern die neue Regenerativrichtlinie. Der Juli-Entwurf enthielt wesentliche Änderungen des Fördermechanismus, indem er zum Beispiel großzügige Einspeisevergütungen für Photovoltaikanlagen unter 100 Kilowatt Leistung und für Windenergieanlagen unter 200 Kilowatt vorsah. Zusätzlich sollte danach die heftig kritisierte Förderung für Biomasse-Befeuerung sinken. In Polen werden große Mengen importierter Biomasse in Kohlekraftwerken verfeuert, was sich als ineffizient und teuer erwiesen hat. Das polnische Energieministerium beziffert die Kosten für Biomasseimporte 2011 auf 175 Millionen Euro.

Während die Erneuerbaren-Branche den Entwurf begrüßte, stieß er bei den vier großen Energieversorgern des Landes auf heftige Kritik. Für sie stellt die geförderte Koverbrennung der Biomasse ein lukratives Geschäft dar, daher wollen sie keine Förderkürzungen bei der Biomasse hinnehmen. Die Regierung kassierte daraufhin die Pläne und erarbeitete eine neue Fassung, in der die Senkung der Förderung für Biomasse-Befeuerung und die vorgeschlagenen Einspeisetarife für die kleineren Anlagen nicht mehr erwähnt werden. Dadurch rückt die lang überfällige Änderung des Fördermechanismus für erneuerbare Energien in weite Ferne.

Die Gefahr: Lässt Polen den Erneuerbaren-Ausbau schleifen, drohen wegen der mangelnden Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie

Strafen seitens der EU-Kommission. Brüssel verlangt, dass Polen seinen nationalen Anteil am Endenergieverbrauch bis 2020 auf 15 Prozent erhöht, 2012 waren es erst 10,6 Prozent. Vor allem beim Ökostrom müssen die Osteuropäer zulegen. Bis 2020 sollen in Polen 19 Prozent des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen, derzeit sind es nur 10,4 Prozent. Den Löwenanteil liefert mit 41 Prozent die Biomasse, die Windenergie und die Wasserkraft steuern jeweils 24 Prozent bei. Ende 2012 waren insgesamt 2597 Megawatt Windleistung installiert, Ziel bis 2020 sind 13 000 Megawatt.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Änderung des jetzigen Fördermechanismus aber dringend notwendig. Zurzeit bestehen die Einnahmen der Investoren im Bereich der erneuerbaren Energien in Polen aus zwei Quellen: aus dem Stromverkauf und dem Handel mit grünen Zertifikaten. Das Problem: Die Zertifikatspreise schwanken stark. Im März 2012 bekamen Grünstrom-Produzenten fast 70 Euro zusätzlich zum Strompreis. Anfang März 2013 lag der Preis der grünen Zertifikate nur noch bei 25 Euro, um zwei Wochen später wieder auf 40 Euro zu steigen. Der Grund für diese Schwankungen ist hauptsächlich das von Biomasse-Befeuerung verursachte Überangebot an grünen Zertifikaten auf dem Markt.

Auch andere Länder in Osteuropa tun sich schwer: Russland will den Erneuerbaren-Anteil bis 2020 nur auf 1,9 Prozent am Endenergieverbrauch steigern – viel zu wenig für ein Land, das neben Öl und Gas auch über gewaltige regenerative Ressourcen verfügt. Tschechien ist nicht viel ambitionierter. Im Jahr 2011 ließ der durch eine üppige Förderung hervorgerufene Photovoltaik-Boom im Land die Erneuerbaren-Umlage rasant steigen. Die tschechische Regierung kappete daraufhin die Zuschüsse und wendete sich wieder stärker der Kernenergie zu. Solar- und Windtechnologie seien nicht in der Lage, den Energiehunger des Landes zu stillen, heißt es mittlerweile in

Osteuropa

Prag. Daher ist geplant, bis zu zehn neue Atomkraftwerke in Tschechien zu bauen. Prag scheint damit seine großen energiepolitischen Freiheiten voll ausschöpfen zu wollen: Die EU-Kommission hat es nur zu einem vergleichsweise geringen Erneuerbaren-Anteil von 13 Prozent am Endenergieverbrauch bis 2020 verpflichtet.

In Bulgarien stehen die Zeichen derzeit ebenfalls nicht auf regenerativ. Zwar strebt das Land einen Erneuerbaren-Anteil von 16 Prozent bis 2020 an und hat dafür ein Vergütungssystem nach Vorbild des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes eingeführt. Die Frage ist nur, wie viel Erneuerbare sich das nicht gerade wohlhabende Land leisten kann. Der politische Druck ist enorm: Nach Massendemonstrationen gegen hohe Strompreise ist die bulgarische Regierung im Februar komplett zurückgetreten (s. Seite 78). Offensichtlich erschweren auch technische Probleme den weiteren Ausbau der Erneuerbaren. Nach aktuellen Zeitungsberichten hat der Betreiber des bulgarischen Stromnetzes ESO EAD den beiden Energieversorgern ČEZ aus Tschechien und der österreichische EVN an-

geordnet, erneuerbare Energieträger in Teilen des Landes abzuschalten. Dadurch soll das Gleichgewicht des bulgarischen Energiesystems gesichert werden.

Allein in Rumänien sieht die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Germany Trade and Invest (GTAI) weiterhin gute Chancen für die Erneuerbaren. Das Land, das Sonne, Wind und Co über ein Quotenmodell mit Zertifikatehandel fördert, hat relativ ehrgeizige Ziele: Bis 2020 will es einen Regenerativanteil von 24 Prozent erreichen. Außerdem liegen die erzielbaren Einspeisepreise derzeit über den Vergütungen in Deutschland, so die GTAI. Für einige Verunsicherung bei Investoren sorgt jedoch die Ankündigung der Bukarester Regierung, die Förderung ab 2014 zu kürzen. (aa&sr)

